

Verbot von Atomwaffen - Eine europäische Sicht

Reden zum internationales Symposium am Atomwaffenstützpunkt Büchel am 11. Juni 2017

Einleitung und Deutsche Position

Von Inga Blum, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW e.V.)

Am nächsten Donnerstag, den 15. Juni 2017, beginnt in New York in den Vereinten Nationen die letzte Verhandlungsrunde über ein Atomwaffenverbot. 132 Staaten treffen sich, um ein verbindliches Abkommen über die Abschaffung von Atomwaffen zu verhandeln. Trotz zahlreicher Bekenntnisse, sich für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen, beteiligt sich unsere Regierung nicht an den Verhandlungen und schließt sich damit den Atomwaffenstaaten an, die den Prozess aufhalten wollen. Wir fordern, dass Deutschland sich an den Verbotsverhandlungen konstruktiv beteiligt und die hier in Büchel gelagerten NATO Atomwaffen abziehen lässt. Beides hängt eng zusammen, denn wer sich dem Verbot anschließt, darf keine Atomwaffen mehr auf seinem Staatsgebiet lagern. Angesichts der gefährlichen neuen Spannungen zwischen Russland und der NATO fordern wir von unseren europäischen Politikern eine verstärkte Zusammenarbeit für Entspannung und atomare Abrüstung.

Mit unseren Gästen wollen wir über den Stand des Verbotsprozesses berichten und darüber diskutieren, wie es in anderen europäischen Ländern bereits gelungen ist, den Verbotsvertrag voranzubringen, häufig durch viel Druck und Mitarbeit der Zivilgesellschaft:

Björn Hilt aus Norwegen wird uns darüber berichten, wie die norwegische Regierung 2012 die Initiative ergriff und eine internationale Staatenkonferenz zu den humanitären Folgen von Atomwaffen ins Leben rief.

Nadja Schmidt aus Österreich hat eine Folgekonferenz in Wien 2014 koordiniert, aus der die sogenannte „Humanitäre Verpflichtung“ der österreichischen Regierung hervorgegangen ist, die schließlich zu den Verbotsverhandlungen auf Ebene der Vereinten Nationen geführt hat, die am Donnerstag beginnen. Hector Guerra ist der Koordinator von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) Lateinamerika.

Er hat unter anderem in der erfolgreichen Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen und beim Ottawa Prozess mitgearbeitet, die als Vorbild für ICAN dienen und wird über den Verbotsprozess vor dem Hintergrund des Internationalen Völkerrechts sprechen.

Peter Buijs wird darüber berichten, wie es durch zivilgesellschaftlichen Druck gelungen ist, dass sich die Niederlande als einziges NATO Land an den Verbotsverhandlungen beteiligt. Gunnar Westberg wird berichten, wie mehrere Treffen mit der schwedischen Außenministerin dazu beigetragen haben, dass auch Schweden sich den Verbotsverhandlungen angeschlossen hat. Außerdem wird er über die, angesichts der neuen Spannungen zwischen der NATO und Russland, wieder steigende Gefahr eines Atomkrieges berichten.

Bevor ich auf die deutsche Position zum Verbotsvertrag eingehe, möchte ich über die hier in Büchel gelagerten Atomwaffen sprechen:

Ein Beispiel dafür, dass die in Büchel gelagerten Atomwaffen und deren Modernisierung eine große Rolle spielen bei den wieder wachsenden Spannungen zwischen Ost und West, ist die Ankündigung Russlands vom September 2015, die zu viel medialer Aufmerksamkeit geführt hat, auf die Stationierung neuer Atomwaffen in Büchel reagieren zu wollen, um das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Hier hinter diesem Zaun lagern bis zu 20 B61 Atombomben. Jede dieser Bomben hat eine maximale Sprengkraft, die mit der von 13 Hiroshima Bomben vergleichbar ist.

Mit 36 Tornado-Kampfflugzeugen stellt das Jagdbombergeschwader 33 seit 1984 das Trägersystem für die Atombomben des Typs B61 bereit.

Deutsche Piloten trainieren regelmäßig den Abwurf. Sie sind im Ernstfall verpflichtet, die Atombomben auf Befehl der NATO von deutschem Boden aus im Zielgebiet abzuwerfen. Das ist nur möglich, weil die Bundesregierung sich freiwillig an der sogenannten nuklearen Teilhabe der NATO beteiligt. Die B61-Atombombe war über mehrere Jahrzehnte die am meisten verbreitete Atomwaffe der USA. Sie wurde ab 1968 in großer Stückzahl in Europa stationiert. In Deutschland wurden die Massenvernichtungswaffen aus Ramstein, Nörvenich und Memmingen inzwischen abgezogen. In Europa lagern noch immer 180 Atombomben. Ihre Standorte sind in Belgien (Kleine Brogel), Niederlande (Volkel) und Italien (Aviano und Geddi Torre). Auch in Incirlik in der Türkei sind US-Atombomben stationiert. Aus Griechenland und Großbritannien wurden die B61-Bomben bis 2008 abgezogen.

Um die Effektivität der Atombomben zu steigern, arbeiten die USA momentan an der „Modernisierung“ der B61. Sie planen bis 2024 den Austausch der in Europa stationierten Atomwaffen gegen eine neue Version, die B-61-12. Die behauptete Verbesserung der Sicherheit der Bombe ist jedoch zweitrangig. Die neue Bombe soll von einer „dummen“ freifallenden Waffe zu einer „smarten“ Lenkwaffe umgebaut werden. Die Gefahr eines möglichen Einsatzes wird durch die deutlich größere Zielgenauigkeit erhöht, da der Glaube besteht, dass die neue Bombe weniger „Kollateralschaden“ verursacht. Damit wird die Hemmschwelle für den Einsatz gesenkt.

Um zu verdeutlichen, worüber wir reden, will ich kurz an die Folgen der Hiroshima Bombe erinnern: In Hiroshima sind am ersten Tag nach konservativen Schätzungen bis zu 45.000 Menschen gestorben. In den folgenden Monaten stieg die Zahl auf 140.000 Tote und bis heute sterben Menschen an Krebs infolge der Verstrahlung. Im Zentrum der Explosion einer Atombombe wird alles in einer Millisekunde zerstört. Menschen verwandeln sich in Asche. Die Hitze verursacht schwerste Verbrennungen, die Druckwelle zerstört die meisten Gebäude, umherfliegende Trümmerteile werden zu tödlichen Geschossen. Der Druck lässt innere Organe platzen. Viele Menschen sterben an akuter Strahlenkrankheit mit Übelkeit, Erbrechen, inneren Blutungen, Fieber und Infektionen. Effektive humanitäre Hilfe wäre unmöglich. Krankenhäuser, Verkehrs- und Kommunikationssysteme sowie Stromversorgung wären größtenteils nicht mehr vorhanden.

Die Atomwaffen hier in Büchel haben, wie bereits gesagt, die bis zu 13-fache Sprengkraft der Hiroshimabombe. Eine moderne Atomwaffe könnte, abgeworfen über einer großen Stadt, über eine Millionen Menschen töten. Weltweit gibt es noch etwa 15.000 Atomwaffen, genug um die Erde mehrfach zu zerstören. 1.800 davon in höchster Alarmbereitschaft und innerhalb von Minuten abfeuerbar. Einige wenige Entscheidungsträger können innerhalb von kürzester Zeit über unser aller Überleben entscheiden. Das ist nicht nur angesichts der aktuellen politischen Besetzung eine beunruhigende Vorstellung.

Bill Williams, der 2006 ICAN mitgegründet hat und hier in Büchel im letzten Jahr kurz vor seinem plötzlichen Tod zu uns gesprochen hat, hat gesagt, dass der Grund weshalb es kaum öffentliches Bewusstsein für diese größte akute Bedrohung der Menschheit gibt, ist:

„Nach den energischen Anti-Nuklearen 80 Jahren und dem Ende des kalten Krieges wurde der Nukleare Holocaust, der schon immer unvorstellbar, fast unaussprechbar.

Eine riesige Selbstzensur, eine mentale Flugverbotszone, ein Mantel aus Schweigen senkte sich herab. Das ist nicht erstaunlich, niemand der geistig gesund ist, möchte seine Träume durch diesen ultimativen Horror belasten. Aber um die Reise zum Überleben und zur Abschaffung von Atomwaffen zu vollenden müssen wir den Nebel aus Angst und Vermeidung durchdringen und uns selbst und unsere Nachbarn informieren ohne eine psychologische Lähmung auszulösen“.

Wie uns das gelingen kann, möchten wir mit Euch und Ihnen am Ende des Symposiums diskutieren.

Nun komme ich zur aktuellen Position der Bundesregierung zum Verbotsvertrag:

Die Bundesregierung beteiligt sich nicht an den Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot und äußert die Sorge, dass ein Atomwaffenverbot den Atomwaffensperrvertrag schwächen könne. Doch seit der unbefristeten Verlängerung dieses Vertrags 1995 stehen die multilateralen Verhandlungen über eine nukleare Abrüstung still. In letzter Zeit haben die Präsidenten der USA und Russland sogar erklärt, dass sie ihre ohnehin übergroßen Nuklearwaffenarsenale noch vergrößern und verstärken wollen. Ein Atomwaffenverbot könnte den Vertrag also eher erfüllen als schwächen.

Im Vertragsentwurf haben die Befürworter des Atomwaffenverbotes versucht, die Sorge Deutschlands und anderer skeptischer Staaten zu entkräften. In der Präambel steht explizit, dass die Wichtigkeit des Atomwaffensperrvertrags als Eckpfeiler des internationalen Nichtverbreitungsregimes und wesentliches Fundament für die Verfolgung der nuklearen Abrüstung bekräftigt wird.

Die Kritik der Bundesregierung, es gebe kein Überwachungssystem, um zu prüfen, ob alle Vertragsparteien atomwaffenfrei sind, überzeugt nicht. Erstens hat die Biowaffenkonvention auch kein Verifikationssystem, was die Vertragsparteien nicht davon abgehalten hat, die Konvention zu beschließen. Zweitens gibt es bereits für die Überwachung anderer Atomwaffenverträge UN-Kontrollsysteme, die Nichtverbreitung von Atomwaffen kontrollieren. Laut Vertragsentwurf soll das Sicherheitsabkommen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) für den Nichtverbreitungsvertrag auch für das Atomwaffenverbot die Grundlage der Kontrollen und Inspektionen sein. Alle Parteien, die Nuklearanlagen besitzen, müssten ein solches Abkommen abschließen. Staaten, die ihre Atomwaffen eliminiert haben, werden ebenfalls durch die IAEO überprüft. Und drittens: eine Beteiligung Deutschlands an den Verhandlungen hätte sicherstellen können, dass ein Überwachungssystem, im Sinne der Bundesregierung, Teil des Vertrags wird.

Der Boykott der Verhandlungen durch die Bundesregierung nährt eher den Verdacht, dass Deutschland sich die Option der „nuklearen Teilhabe“ aufrechterhalten will. In jüngster Zeit wird in den Medien wiederholt berichtet, dass in politischen Kreisen mit Blick auf Donald Trump sogar über einen deutschen Griff zur Bombe oder eine europäische Atombombe nachgedacht wird. Für Deutschland ist daher insbesondere Absatz 2a des Artikels 1 im Vertragsentwurf wichtig, wonach jegliche Stationierung von Atomwaffen untersagt wird. Diese Bestimmung bedeutet, dass die US-Atomwaffen in Büchel abgezogen werden müssen, bevor Deutschland unterzeichnen kann. Nach der Veröffentlichung des Vertragsentwurfs wurde die Bundesregierung in der Bundespressekonferenz von dem Journalisten Tilo Jung (Jung & Naiv) am 26. Mai 2017 nach ihrer Bewertung gefragt. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes behauptete, dass Deutschland sich bereits jetzt an die im Vertragsentwurf enthaltenen Verbote halten würde. Doch über die Lagerung von US-Atomwaffen in Deutschland wollte er aufgrund der Geheimhaltung nicht sprechen.

Diese Haltung der Bundesregierung steht im klaren Widerspruch zu den Wünschen der deutschen Bevölkerung: Nach unserer Forsa Umfrage vom März 2016 befürworten 93% der Deutschen ein Verbot von Atomwaffen, 85% sind für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel.

Wir haben also eine breite Unterstützung im Rücken für unsere Forderungen und wenn es uns gelingt, den „Nebel aus Angst und Vermeidung“ zu durchdringen, haben wir gute Aussichten auf Erfolg, vor allem weil sich in den Gesprächen mit unseren politische Vertretern in den letzten Wochen gezeigt hat, dass die Absage an den Verbotsprozess umstritten ist. Um doch noch eine Beteiligung zu erreichen erscheint am Dienstag unsere ganzseitige Anzeige „Frau Merkel, unterstützen Sie das Verbot von Atomwaffen“ in der Frankfurter Rundschau, in der Frankfurter Neuen Presse und in der Rhein-Main-Zeitung (Beilage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung). Von unserer heutigen Veranstaltung aus wollen wir einen begleitenden, gemeinsamen Brief an Frau Merkel schreiben, für den ich Sie alle um Ihre Unterschrift bitte. Außerdem findet am nächsten Samstag unser bundesweiter Aktionstag „Deutschland wählt atomwaffenfrei“ statt, und auch über den gesamten

Zeitraum bis zur Bundestagswahl werden zahlreiche Aktionen durchgeführt. Ich bitte Euch und Sie alle, sich bei mir in die Liste einzutragen wenn Sie eine Aktion organisieren wollen.

Informationsmaterialien und Transparente schicken wir Ihnen gerne. Aber nun wollen wir erst einmal von unseren internationalen Freunden lernen, deren Regierungen schon weiter sind auf dem Weg zu einem Atomwaffenverbot!

Die NATO und Russland senken die Einsatzschwelle für den Einsatz von Atomwaffen – Wir müssen handeln!

Gunnar Westberg, Svenska Läkare mot Kärnvapen (SLMK), IPPNW Schweden

Liebe Freunde,

vielen Dank an Inga und die Freunde der deutschen IPPNW für die freundliche Einladung nach Büchel. Ich freue mich, an diesem Symposium teilnehmen zu können. Leider habe ich die deutsche Sprache nahezu ganz vergessen und werde auf Englisch vortragen.

Das Risiko eines Nuklearkrieges zwischen den USA und Russland ist heute zwar niedrig, nimmt aber meiner Meinung nach zu. Dies erhöht auch die Bedeutung eines Atomwaffenverbots. Bevor ich jedoch auf diesen Aspekt komme, will ich mich mit Schweden und dem Atomwaffenverbot beschäftigen.

Schweden ist zwar kein NATO-Mitglied, steht aber in enger Kooperation mit dieser Organisation. Vor einem Jahr wurde ein sogenanntes Gast-Abkommen zwischen Schweden und der NATO unterschrieben. Dieses berechtigt Schweden die NATO-Truppen bei sich zu stationieren und ihnen die Errichtung permanenter Stützpunkte zu erlauben. Darüber hinaus kann ein NATO-Angriff gegen einen Drittstaat von schwedischem Gebiet aus vorbereitet und ausgeführt werden.

Es ist überraschend, dass dieses Abkommen von einer Regierung mit sozial-demokratischer Führung unterschrieben wurde, da die Mehrheit dieser Partei und gleichzeitig die Mehrheit aller Schweden sich klar gegen eine vollständige NATO-Mitgliedschaft positionieren. Diese enge Kooperation könnte der Grund dafür sein, dass die schwedische Regierung zögerte, das Atomwaffenverbot vollständig zu unterstützen. Die schwedische Außenministerin behauptet, Schweden habe eine feministische Außenpolitik. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass sie dies ernst meint, dennoch existieren in der Regierung auch andere Kräfte.

Im Laufe des vergangenen Jahres haben wir, von den IPPNW und ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) in Schweden, mehrere Treffen mit der Außenministerin gehabt und versucht, diese von einer schwedischen Unterschrift unter den Atomwaffenverbotsvertrag zu überzeugen. Schließlich beschloss sie Ende November, dass Schweden für den Verbotsvertrag stimmen werde.

Sofort kam im schwedischen Parlament die Frage auf, ob eine Unterstützung des Verbotsvertrages unsere Chancen auf eine NATO-Mitgliedschaft reduzieren würde. Allerdings habe ich keine Belege dafür, dass die NATO aktiv versucht hat, Schweden davon abzuhalten den Verbotsvertrag zu unterstützen. Seitdem haben Vertreter unseres Auswärtigen Amtes mit anderen atomwaffenfreien Staaten zusammengearbeitet, um einen Vertrag zu entwerfen. Jedoch hat Schweden in diesen Verhandlungen keine führende Position eingenommen und war noch nicht so aktiv, wie wir es erhofft hatten.

Wir gehen alle davon aus, dass ein Atomwaffenverbot das Risiko eines Atomkrieges reduzieren wird und somit die nukleare Schwelle erhöhen wird.

Ich komme nun zu meinem zweiten Thema: Wie bereits erwähnt, bin ich davon überzeugt, dass das Risiko eines Atomkrieges zwischen Russland und den USA gegenwärtig zunimmt.

Ich bin jedoch etwas zurückhaltend, wenn es darum geht, über solch ein politisches und kontroverses Thema zu sprechen. Ich bin Arzt und kein politischer Fachmann. Dennoch habe ich mich nun schon seit fast vierzig Jahren mit diesen Fragen beschäftigt. Schließlich sind Krieg und Frieden Themen, an denen wir uns alle beteiligen sollten, nicht nur die Experten. Im Laufe der Zeit habe ich gelernt, dass die sogenannten Experten häufig nicht wahrhaben wollen, dass es in jedem Konflikt zwei Seiten gibt.

Zu Beginn des Atombomben-Zeitalters sprachen viele Politiker und Militärführer darüber, Nuklearwaffen einzusetzen und einen begrenzten Atomkrieg zu führen. Die Generäle hofften, ihre Atomwaffen einsetzen zu können und damit die Streitkräfte des Gegners zu vernichten, bevor dieser überhaupt die Möglichkeit hat, sich mit seinen eigenen Atomwaffen zu verteidigen. Bereits in den 1960er Jahren wurde jedoch deutlich, dass die Seite, die angegriffen wird, stets genug Waffen zur Verfügung haben wird, um ihrerseits den Gegner zu auszulöschen. Während des Kalten Krieges dienten Atomwaffen nur zur Abschreckung, sie kamen nie zum Einsatz. „Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen und darf niemals geführt werden“, sagte beispielsweise der amerikanische Präsident Ronald Reagan. Ein Nuklearer Winter wäre die Folge eines großen Atomkrieges und Überlebende würden verhungern.

Heute werden zögerliche Vorschläge hörbar, dass Atomwaffen dazu verwendet werden könnten, einen Angreifer zu stoppen. Präsident Putin sprach von „eskalieren um zu de-eskalieren“. Wenn die NATO und die USA zu weit gehen, beispielsweise in die Ukraine einmarschieren, wird Russland einen Teil seiner Nuklearwaffen einsetzen, um zu demonstrieren, dass es das Gebiet um jeden Preis verteidigt. Russland ist wesentlich schwächer als die NATO, nur durch seine Atomwaffen kann Russland machtpolitisch gleichziehen.

Eskalieren um zu de-eskalieren – ist dies nur dahin gesprochen, um der russischen Öffentlichkeit zu imponieren oder meint es Herr Putin ernst? Laut amerikanischen Quellen, befinden sich alle taktischen russischen Nuklearwaffen noch im Lager. Es gibt keinen offiziellen Wechsel in der Nukleardoktrin: Atomwaffen sind nur dann einzusetzen, wenn das Überleben Russlands in Gefahr ist. Allerdings ändert der russische Präsident mit seinen Äußerungen den Diskurs und gibt der NATO-Führung damit noch mehr Gründe, über eine Bedrohung durch Russland zu sprechen. Unreflektiertes Gerede kann gefährlich sein. Über die Jahre habe ich häufig das NATO-Komitee zur Proliferation von Massenvernichtungswaffen in Brüssel besucht. Bei meinem letzten Besuch wurde viel über diese neue Bedrohung durch Russland gesprochen.

Auf Seiten der NATO hört man nicht nur leeres Gerede, dort wird auch aktiv gehandelt. Wie Sie wissen, sind die US-Atomwaffen in Europa, Waffen wie diese hier in Büchel, nutzlos. Es handelt sich um freifallende Bomben, die nicht gegen eine Militäranlage gerichtet werden können. Sie werden als ein Symbol des US-amerikanischen Engagements für die Verteidigung Europas hier behalten.

Diese Bomben werden jetzt durch präzisionsgelenkte Waffen ersetzt, die mit sehr hoher Genauigkeit auf eine Militäranlage zielen können. Laut Angaben des Herstellers, sind diese Bomben in der Lage bis zu drei Meter in den Boden einzudringen, bevor sie explodieren. Es handelt sich also um perfekte Waffen zur Zerstörung einer Befehlszentrale oder anderer Militäranlagen, nicht mehr um Waffen, die nur der Abschreckung dienen.

Die NATO hat bei ihrer letzten Konferenz in Warschau vor einem Jahr ebenfalls ihre Nukleardoktrin verändert. Ihr Schwerpunkt liegt zunehmend auf der Rolle der amerikanischen Nuklearwaffen in Europa. Außerdem arbeitet die NATO nicht länger auf eine atomwaffenfreie Welt hin, sondern ausschließlich darauf, Bedingungen zu schaffen, die eine atomare Abrüstung ermöglichen könnten. Somit sei ein Engagement für eine atomare Abrüstung heute nicht möglich, so die NATO.

Es scheint, als würden sich sowohl Russland als auch die NATO auf ein neues Nuklearzeitalter vorbereiten, keines der nuklearen Abschreckung, sondern das des Nuklearkrieges.

Diese neue Einstellung ist verantwortungslos und gefährlich. Herr Putin, stellen wir uns vor, Sie befänden sich in einer schwierigen Situation, es gebe beispielsweise eine Invasion der NATO-Truppen in Georgien, so entschieden Sie sich vielleicht dafür, zwei oder drei Nuklearwaffen zum Einsatz zu bringen. Kleine Nuklearwaffen, möglicherweise so klein wie die Bombe, die Hiroshima zerstörte – was erwarten Sie dann von der NATO? Würde sie sagen „Oh Entschuldigung, wir wollten keinen großen Konflikt starten, wir ziehen unsere Truppen sofort zurück“? Das erscheint mir doch sehr unwahrscheinlich.

Vielmehr würde die NATO eine oder mehrere ihrer Atomwaffen gegen russische Befehlszentralen einsetzen. Und dann? Der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister McNamara, sagte einst: „Ich kenne viele Wege einen Atomkrieg zu starten, aber ich verstehe nicht, wie er angehalten werden kann, wenn er ausgelöst wurde“. Ich kann nicht beurteilen, ob in den USA und in Russland eine neue Atomwaffen-Doktrin ausgearbeitet wird. Vielleicht ist dies von russischer Seite aus nur Gerede. Vielleicht sucht die US-Regierung nur nach einer Strategie, ihre neuen Flugzeuge, die zum Transport der neuen B61-12 Bomben benötigt werden, zu verkaufen.

Aber eines Tages könnte Herr Putin seine Worte wahr machen. Seine Generäle oder seine Nachfolger könnten sich dazu verpflichtet fühlen, das zu tun, was versprochen wurde. Waffen, wie die neuen US-Waffen, bergen die Gefahr, Teil militärischer Übungen zu werden, von dort aus in die Doktrinen zu gelangen und schließlich in die Realität des Kampfes, des Atomkrieges.

Man sieht, dass das Atomwaffenverbot in einer Art und Weise notwendig ist, die wir zunächst nicht erwartet hatten: Es wird benötigt, um die nukleare Schwelle zu erhöhen, die heute immer weiter gesenkt wird.

Präsident Putin, hören Sie auf Atomwaffen einzusetzen!

Präsident Trump, schließen Sie die Atomwaffenstützpunkte in Europa!

Warum Norwegen die UN-Verhandlungen boykottiert, und was die Zivilgesellschaft dagegen tun kann

Bjørn Hilt, Norwegische Ärzte gegen Kernwaffen (IPPNW Norwegen)

Liebe Freunde aus Deutschland und den anderen europäischen Ländern.

Vielen Dank an Inga und die Freunde der deutschen IPPNW für die freundliche Einladung nach Büchel zu kommen, um an diesem Symposium teilzunehmen und Euch heute ein paar Worte aus meiner Sicht mitteilen zu können.

Mein Name ist Bjørn Hilt und ich komme aus Norwegen, wo ich Vorstandsmitglied in unserer norwegischen IPPNW bin. Gleichzeitig bin ich auch Vorstandsvorsitzender für die internationale IPPNW, ein Posten, den Euer Lars Pohlmeier in der vorigen Periode innehatte.

Abgesehen von den kalten klimatischen Verhältnissen in Norwegen, gibt es auch einige Vorteile von dort zu kommen, gerade wenn wir von Atomwaffen und Atomkraft sprechen. Erstens ist es so, dass unsere damalige Regierung schon 1958 bestimmte, dass wir, obwohl wir auch damals Mitglied der NATO waren, zu Friedenszeiten keine Kernwaffen auf norwegischem Territorium erlauben, und somit auch keine NATO-alliierten U-Boote in unsere Häfen hereinlassen. Ein kluger Beschluss, der auf gewisse Weise in den nachfolgenden Jahren klar unsere Entschlossenheit gegen die nukleare Bedrohungen verstärkt hat. Der andere Vorteil ist, dass wir, mehr durch Glück als durch Klugheit, in

Norwegen gar keine Atomenergie haben. Der Grund dafür ist einfach der, dass wir von Natur aus so viel Wasserkraft haben, dass wir bis jetzt keine Atomkraft gebraucht haben. In Norwegen haben wir an nuklearen Einrichtungen nur einen kleinen Forschungsreaktor, obwohl wir auch damit einige Schwierigkeiten haben.

Ich denke, wie gesagt, dass unsere nationale relative Freiheit von Atomwaffen und von Atomkraft einen gewissen Vorteil darstellt. Schade nur, dass diese Fragen global sind und nicht national. Die Bedrohung der Umwelt und der Menschheit durch Atomwaffen und Atomkraft kennt keine Grenzen, und deswegen ist es für uns alle so lebensnotwendig, dass wir als Zivilgesellschaft hier sind, um gegen Atomwaffen zu protestieren. Wir sind zusammen mit Millionen von Menschen aus der ganzen Welt, die ein Ende des nuklearen Wahnsinns verlangen.

Unsere Regierung, die im Jahre 1958 Kernwaffen auf norwegischem Territorium verboten hat, war eine sozialdemokratische Regierung von der norwegischen Arbeiterpartei. Die Sozialdemokraten haben in Norwegen auch anderes Gutes gemacht, aber wenn es um unsere NATO-Mitgliedschaft geht, sind leider all die großen Parteien in Norwegen einer Meinung, und zwar der, dass wir in allen Fragen den USA und der NATO treu bleiben. So sind fast alle norwegischen Politiker für das nukleare Konzept der NATO, das Atomwaffen für seine Mitglieder als essentiell ansieht. In Norwegen selbst sind unsere Politiker aber gegen Atomwaffen. Für viele von uns passt dies einfach nicht zusammen.

Aber eins haben die Sozialdemokraten von der Arbeiterpartei bewirkt: Nach dem Scheitern der NPT-Überprüfungskonferenz 2005 und den inhaltslosen Versprechungen von 2010, hat die sozialdemokratische norwegische Regierung 2012 eine sehr wichtige Initiative ergriffen. Der damalige Außenminister Jonas Gahr Støre hat die internationale Staatengemeinschaft zur ersten Staatenkonferenz über die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen eingeladen. Wie ihr wisst, fand diese erste derartige Konferenz 2013 in Oslo statt, gefolgt von den Konferenzen in Nayarit und Wien 2014. Diese drei bedeutenden Konferenzen mit starker Beteiligung und dem Druck der Zivilgesellschaft, führten, wie ihr ebenfalls alle wisst, zu der humanitären Initiative der österreichischen Regierung mit Zustimmung von 127 Staaten, gefolgt durch die Open Ended Working Group im letzten Jahr mit der Zustimmung zur Resolution L41 durch 123 Staaten und jetzt, in diesem Jahr, den Verhandlungen für ein Verbot von Atomwaffen, die momentan in New York im Gange sind. Ich werde darauf zurückkommen.

Die norwegische sozialdemokratische Regierung unterstützt seit 2011 auch die „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“ (ICAN), sowohl deren Aktivitäten in Norwegen als auch international mit bedeutenden Summen. Unsere Regierung hat uns damals tatsächlich aufgefordert, eine bedeutende neue Bewegung gegen Atomwaffen auf die Beine zu stellen und wir haben zusammen .die Kampagne ICAN als ein gutes Instrument dafür gesehen.

Die jetzige norwegische Regierung ist seit 2013 eine Koalition zwischen den traditionellen Konservativen und einer ultrarechten liberalen und einwanderungsfeindlichen Partei. Diese Regierung hat die ganze Zeit über versucht, die Bremse zu ziehen. Sie hat die Unterstützung für die ICAN beendet und nichts Positives zu Nayarit und Wien beigetragen. Auch die humanitäre Initiative unterstützte sie nicht, stimmte in der UNO-Hauptversammlung im Dezember letzten Jahres gegen die Resolution L41 und nimmt nicht einmal an den jetzigen Verhandlungen in New York über ein Atomwaffenverbot teil. Schlimm. Und dann hat diese Regierung sogar die Frechheit zu sagen, dass sie gegen Atomwaffen sei und, dass sie auch für eine Welt ohne Atomwaffen arbeite; jedoch nur, wie die Regierung es so sagt, auf längere Sicht und nur mit den Atomwaffenstaaten zusammen. Ich und viele mit mir haben aber schon lange eingesehen, dass die Atomwaffenstaaten, die in den letzten, bald 20 Jahren, gar nichts Konstruktives für die nukleare Abrüstung getan haben, jetzt gezwungen werden müssen, die Menschheit von der nuklearen Bedrohung zu befreien. Ich meine, wir lassen die Raucher ja auch nicht die Tabakpolitik bestimmen. Ein gewisser Zwang ist ab und zu notwendig, und dies ist in nuklearen Fragen absolut der Fall. Deswegen die Verhandlungen in New York über ein Atomwaffenverbot.

Da die jetzige norwegische Regierung auch weiß, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung und die Mehrzahl der Abgeordneten im Parlament für die nukleare Abrüstung sind, versuchen sie, uns auf einer peinlichen Weise zu erklären, warum sie so hart gegen etwas arbeiten, das sie eigentlich wollen. Man könnte dann fragen, warum unser Parlament nicht einfach bestimmt, was zu tun ist, wie es in Holland gemacht wurde, wir ihr sicher wisst. Die Erklärung dafür ist, dass die großen Parteien in unserem Parlament eine Tradition haben, die Außenpolitik der Regierung zu überlassen. Das ist schlimm, aber in diesen Fragen funktioniert die Demokratie bei uns eben nicht. Aber diesen Herbst haben wir Parlamentswahlen und vielleicht oder hoffentlich, wenn man mich fragt, dann auch eine neue Regierung. Dann kann Jonas Gahr Støre, der als ehemaliger Außenminister zu der humanitären Initiative beigetragen hat, Staatsminister wird, wie wir unseren Regierungschef nennen. Aber man kann sich nun fragen, ob dies wirklich eine Änderung bedeuten würde. Wir wissen es nicht. Die Sozialdemokraten sind heute zu tage ziemlich zurückhaltend, was diese Fragen angeht. Wir können also nur hoffen. Was jedenfalls sicher ist, ist dass die jetzige Regierung, würde sie wiedergewählt werden, nie etwas machen würde, was den USA nicht gefällt. Die sind nämlich in diesem Sinne päpstlicher als der Papst, wie man so sagt.

Freunde, wir haben es zusammen geschafft, eine neue und breite Volksbewegung gegen Atomwaffen auf die Beine zu stellen. Ihr hier in Deutschland macht eine tolle Arbeit, und auch in vielen anderen Ländern wird sehr gute Arbeit geleistet, wofür dies Treffen heute ein Beweis ist. In der Kampagne ICAN sind jetzt mehr als 400 Organisationen aus 100 Ländern vereint und es wird tagtäglich eine großartige Arbeit für die humanitäre Initiative geleistet. Wir sind dabei und haben einen positiven Einfluss auf diese Arbeit.

Wisst ihr übrigens, dass die Kampagne ICAN 2007 von der IPPNW ins Leben gerufen wurde mit einer Vision, die hauptsächlich von unserem damaligen malaysischen IPPNW-Präsidenten Ron McCoy stammte, aber ebenfalls von zwei australischen Ärzten mit deutschen Wurzeln, Tilman Ruff und Bill Williams? Bill ist leider letztes Jahr verstorben, aber Tilman ist jetzt Co-Präsident der IPPNW und auch immer noch einer der Leiter der ICAN. Wir können auf beide sehr, sehr stolz sein.

Wie gesagt hatten sich im letzten Jahr 127 Staaten der humanitären Initiative angeschlossen und 123 stimmten in der UNO zu, Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot zu starten. 132 der 193 UNO-Staaten nehmen daran teil. Ein Verbot von Atomwaffen wird auch von vielen wichtigen Persönlichkeiten und Organisationen unterstützt, dazu gehören: Desmond Tutu, der Dalai Lama, Ban Ki Moon, der Papst, das Rote Kreuz und die Rote Halbmond-Bewegung, die internationale kirchliche und andere religiöse Bewegungen, internationale Gewerkschaftsbewegungen, internationalen Gesellschaftsmedizinern, internationalen Krankenpflegern, dem Weltärzteverband und vielen, vielen anderen, die jetzt ein international-rechtsgültiges Verbot von Atomwaffen verlangen. Vor vierzehn Tagen wurde der Entwurf für so ein Verbotsabkommen veröffentlicht, und am kommenden Donnerstag werden die Verhandlungen weitergeführt.

Es gibt also gute Chancen, dass wir am siebten Juli, wenn die Verhandlungen zu Ende sind, ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen auf dem Tisch haben. Dann wird es aber für die NATO schwierig, ihr nukleares Konzept zu behalten und die nukleare Teilhabe weiter zu verteidigen. Für uns bedeutet das das wir die nukleare Abrüstung hier in Büchel und in den vier anderen europäischen Ländern weiter vorantreiben können.

Seht Ihr das T-Shirt, das ich heute trage? Wenn ich Euch den Rücken zudrehe, könnt ihr besser sehen dass es ein atomwaffenfreies Europa symbolisiert. Das ist es, was wir heute verlangen: erstens, ein Deutschland ohne Atomwaffen, zweitens, auch ein Europa ohne Atomwaffen und zuletzt eine sicherere Welt, frei von Atomwaffen.

Liebe Freunde, nochmals vielen Dank für die Einladung und für Eure Aufmerksamkeit.